

Imperiale Lebensweise

Marl, 3.3.2022

Markus Wissen

1. Einleitung

Der Krieg ist das **dominierende Ereignis**.

- Wir fühlen mit den Menschen in der Ukraine und denen, die von dort flüchten.
- Wir verurteilen das verbrecherische russische Regime, das den Krieg begonnen hat.
- Unsere Solidarität gilt den Menschen, die trotz aller Repression in Russland gegen den Krieg auf die Straße gehen.
- Wir sind in Sorge über eine mögliche Ausweitung zu einem Nuklearkrieg, der alles zerstören würde.

Es fällt angesichts der Macht der Ereignisse nicht immer leicht, einen klaren Kopf zu bewahren, zu begreifen, was vorgeht und was geschehen müsste, damit dieser Wahnsinn ein Ende findet. Aber genau darauf kommt es jetzt an:

- Ängste zuzulassen, sich Ohnmacht einzugestehen,
- aber dennoch weiterzumachen: sich darüber zu verständigen, was da passiert, was die Ursachen sind und was jetzt nottut, um den Krieg zu beenden und künftigen Kriegen den Nährboden zu entziehen.

Ich habe meinen **Vortrag heute Abend** etwas abgewandelt, möchte mit einer Einschätzung der jüngsten Ereignisse beginnen und diese dann mit dem verbinden, was Uli Brand und ich als ILW bezeichnen. Ich möchte vorausschicken, dass ich kein Experte für diesen Konflikt bin und deswegen auch keine umfassende Analyse liefere, sondern auf der Basis dessen urteile, was ich zuletzt an Diskussionen verfolgt habe bzw. mitdiskutiert habe – im Kontext der PROKLA und der RLS.

2. Ukraine-Krieg

Einsteigen möchte ich mit dem, **was in der öffentlichen Debatte fehlt bzw. schief läuft**:

- Erstens gibt es kaum eine Aufarbeitung der Rolle des Westens in der Vorgeschichte des Konflikts:
 - Schocktherapie Anfang der 1990er Jahre, die sich mit einer demokratischen Entwicklung kaum verträgt (Katherina Pistor auf project syndicate)
 - Kriege (ohne UN-Mandat)
 - NATO-Osterweiterung
 - Drängen auf NATO-Mitgliedschaft von Georgien und der Ukraine
- Das alles rechtfertigt nicht den Überfall auf die Ukraine, aber es ist wichtig zu verstehen, wie wir in diese Situation gekommen sind, um ähnlichen Situationen künftig vorbeugen zu können.
- Auffällig ist zweitens eine Tendenz zur Dämonisierung Putins. Kein Zweifel: Dieser Mann ist gefährlich, er schreckt weder vor massiver innenpolitischer Repression noch vor außenpolitischer Aggression zurück.
 - Aber er handelt aus seiner geopolitischen, mit Nationalismus angereicherten Perspektive nicht einfach irrational, sondern kalkuliert (Perry Anderson, RLS) – was nicht bedeutet, dass er sich nicht auch verrechnen kann.
 - Und auch wenn er in seiner Person enorm viel Macht vereinigt, gibt es einen Machtapparat, der ihn stützt, gibt es Eliten, die seine gesellschaftliche Machtbasis bilden.

Wer dem Regime Putin ein Ende bereiten will, muss das in Rechnung stellen und hier ansetzen.

- Drittens wird gerade ein enormer Bekenntnisdruck aufgebaut. Es scheint alles klar zu sein (siehe auch SZ-Artikel): Gut steht gegen Böse, und um die sog. westlichen Werte gegen den russischen Aggressor zu verteidigen, scheinen alle Anstrengungen gerechtfertigt zu sein:
 - von Waffenlieferungen an die Ukraine
 - bis hin zu einem 100 Mrd. Euro schweren Aufrüstungspaket, das ohne vorherige Parlaments- oder öffentliche Debatte einfach so in die Welt gesetzt wird.

Ich halte das für falsch und möchte in diesem Zusammenhang an ein bemerkenswertes Buch erinnern, in dem der Friedens- und Konfliktforscher Ernst-Otto **Czempiel** Anfang der 1990er Jahre die Ursachen für das Ende des Ost-West-Konflikts analysiert hat. Darin kritisiert er u.a. die These, dass es das Wettrüsten war, das die UdSSR in die Knie gezwungen habe. Czempiels Erwiderung darauf ist heute noch wichtig:

- „der Grad der Freiheit in einem Land [ist] umgekehrt proportional zu dem auswärtigen Druck, der auf seinen Grenzen lastet“ (22)
- „Die Sowjetunion hat den Konflikt mit dem Westen nicht aufgegeben, weil sie von der militärischen Stärke der NATO dazu gezwungen wurde [...] Es war die Druckverminderung durch den INF-Vertrag [von 1987, zur Beseitigung der Mittelstreckenraketen], die die innenpolitische Kräftekonstellation veränderte, den Herrschaftseliten ein für sie unentbehrliches Instrument zur Konsensmobilisierung nahm und damit die Revolution förderte.“ (31 f.)

Der Westen trägt dieser Einsicht heute gerade nicht Rechnung. Im Gegenteil, er erhöht den **Druck**. Nun könnte man einwenden, dass die Situation gerade eine gänzlich andere ist: Der Krieg ist da, und es bleibt keine Alternative als sich zu verteidigen. Aber: Wozu führt diese Art der Verteidigung?

- Waffenlieferungen an die Ukraine verlängern einen Krieg, der kaum zu gewinnen ist. Zwei Konsequenzen sind denkbar: Entweder die ganze Sache wird für Putin zu einem Desaster, oder, was wahrscheinlicher ist, die Niederlage der Ukraine verzögert sich nur zeitlich. Beides könnte Putin durchaus schwächen, aber im ersten Fall könnte das in eine Eskalation münden. Und in beiden Fällen wären die Kosten für die Menschen in der Ukraine, aber auch für viele junge Russen, die in diesem Krieg verheizt werden, enorm hoch.

Stattdessen müssten alle Anstrengungen darauf ausgerichtet werden, den Krieg sofort zu beenden, und dafür sind Waffenlieferungen kontraproduktiv.

- Der Aufrüstungsdruck und die undifferenzierten Sanktionen sind ebenso wenig hilfreich.
 - Die Maßnahmen gegen die russische Zentralbank etwa führen zu einem Verfall des Rubel. Sie treffen vor allem die „kleinen Leute“, die im Unterschied zu den Oligarchen ihre Vermögen nicht ins Ausland transferiert haben. Mit Czempel könnte man argumentieren, dass dem Kreml damit und mit der Aufrüstung des Westens ein Instrument zur Konsensmobilisierung verschafft wird: Der Westen ist schuld an der Verelendung, wir müssen gegen ihn zusammenstehen...
 - Wer Putin wirklich treffen will, sollte nicht am Wohl der breiten Masse ansetzen, sondern an seiner Machtbasis, nämlich den Oligarchen, die er bei seinem Machtantritt auf Linie gebracht hat. Schätzungen zufolge haben sie 50 bis 60 Prozent ihres Vermögens im westlichen Ausland angelegt. Es zu beschlagnahmen, wäre richtig schmerzhaft und würde Putins Machtbasis treffen (Piketty, Oberndorfer).
 - Das gilt auch für den Energiesektor, in dem viele der Oligarchen tätig sind: „Energieexporte sind Russlands wichtigste Einnahmequelle. Neben Gas exportiert das Land auch Öl, Kohle und Uran. Diese Exporte machen rund zwei Drittel der Warenexporterlöse aus und gut die Hälfte aller föderalen Einnahmen. Ein Lieferstopp wäre auch für Russland verheerend.“ (Wiener Zeitung)
Allerdings wäre er das auch für den Westen, vor allem für Deutschland: „55 Prozent des importierten Erdgases kommen aus Russland, beim Öl sind es 35 Prozent und bei der Kohle 50 Prozent. Deshalb ist es kein Zufall, dass die Zahlungen für fossile Energieträger bislang nicht vom SWIFT-System ausgeschlossen worden sind und dass Scholz den Bau von zwei LNG-Terminals angekündigt hat.

Hier – in dieser fossilen Verflechtung zwischen Russland und dem Westen – liegt denn auch die Verbindung zur ILW, hier liegen die Widersprüche, die zur

jetzigen Situation beigetragen haben und die ihre Komplexität erklären, deren Analyse aber auch zeigt, was geschehen müsste.

3. Imperiale Lebensweise

Uli Brand und ich bezeichnen als imperiale Lebensweise **Produktions- und Konsummuster**,

- die auf tief verankerten und breit geteilten Wahrnehmungen von dem beruht, was ein gutes Leben ausmacht: stets wachsender Wohlstand in Gestalt einer zunehmenden Gütermenge, hohe Mobilität mit immer größeren Autos, hoher Fleischkonsum, ständige, von Regionalität und Saisonalität absehende Verfügbarkeit von Lebensmitteln etc.
- die den tendenziell unbegrenzten Zugriff auf Arbeitskraft, Ressourcen und Senken im globalen Maßstab beinhalten und deshalb nicht verallgemeinerbar sind,
- die ungleiche Verhältnisse im globalen Maßstab verstärken, indem sie ihre sozialen und ökologischen Kosten im Raum und in der Zeit externalisieren: in der Zeit auf künftige Generationen, im Raum auf den globalen Süden;
- die eine herrschaftsförmige internationale Ordnung voraussetzen (abgesichert durch Ressourcenpolitik oder Handelsabkommen)
- und die gleichzeitig die Zerstörung und Herrschaftsförmigkeit, die sie beinhalten, zum Verschwinden bringen.

Die Handelsbeziehungen mit Russland waren und sind Teil dieser Lebensweise. Sie sichern ein ressourcen- und emissionsintensives Entwicklungsmodell ab und haben lange Zeit ein Regime stabilisiert, mit dem der Westen nun in Konflikt gerät.

Aber das ist nicht der einzige **Konflikt**. Die imperiale Lebensweise beruht auf Exklusivität, sie kann sich nur so lange erhalten, wie sie über ein Außen verfügt, auf das sie ihre Kosten verlagern kann.

Dieses Außen schwindet jedoch,

- denn immer mehr Ökonomien greifen darauf zu (→ Aufstieg der Schwellenländer, Entstehen einer „transnationalen Verbraucherklasse“)
- und immer weniger Menschen sind bereit oder in der Lage, nur noch die Kosten von Externalisierungsprozessen zu tragen (→ Flucht und Migration).

Folgen:

- zunehmende öko-imperiale Spannungen um Ressourcen und Senken
- Aufstieg eines autoritären Populismus

Drei **Szenarien**:

- Autoritäre Stabilisierung der ILW → das Projekt der Rechten, deren Attraktivität für viele auch darin begründet liegt, dass sie die Exklusivität, die im Normalbetrieb der ILW immer schon angelegt ist, in der Krise viel besser zu garantieren versprechen als ihr „bürgerlicher“ Counterpart
- Ökologische Modernisierung der ILW: → grüner Kapitalismus, basierend auf Marktmechanismen und technischen Innovationen, mit denen die Umweltbelastung reduziert werden soll.
Problem: Verlagerung statt Überwindung der Externalisierungsproblematik (z.B. von fossilen auf metallische Rohstoffe im Fall der Elektro-Automobilität)
- Solidarische Lebensweise: grundlegende Transformation der vorherrschenden Produktions- und Konsummuster entlang der Fragen:
 - Was brauchen wir zu einem guten Leben?
 - Und wie kann dieses gute Leben so gestaltet werden, dass es nicht zu Lasten anderer in Zeit und Raum geht, dass also die Reichweiten unserer Handlungsfolgen reduziert und Externalisierungen vermieden werden?

4. Solidarische Lebensweise und Friedenspolitik

Eine solidarische Lebensweise hat nicht nur ökologische, sondern auch **friedens- und demokratiepolitische Implikationen.**

- Sie würde zum Abbau von Spannungen und Konflikten beitragen, die sich derzeit am Zugang zu Ressourcen entzünden, von denen auch in einem grünen Kapitalismus immer mehr gebraucht würden.
- Sie würde die Macht derer reduzieren, die sich an der Extraktion von fossilen und anderen Rohstoffen bereichern und die sich diese Bereicherungsmöglichkeit mit ihrer Loyalität gegenüber diktatorischen Regimes wie dem russischen erkaufen.

Warum also nicht anstelle von Waffenlieferungen, Aufrüstung und undifferenzierten Sanktionen

- gezielte Sanktionen in Gestalt der Beschlagnahmung von Oligarchen-Vermögen,
- ein grenzüberschreitendes Investitionsprogramm in eine **sozial-ökologische Transformation** und – konkret auf Russland und die Ukraine bezogen – in Technologien und Infrastrukturen für erneuerbare Energien anbieten, das der russischen Wirtschaft und den Lohnabhängigen dort eine ganz neue Wohlstandsperspektive erschließen würde (Candeias)
- sowie das Angebot einer multilateralen Sicherheitsarchitektur?

Selbst wenn Putin damit nicht gleich beseitigt werden könnte,

- wäre mit den Maßnahmen gegen die ihn stützenden Eliten seine Machtbasis geschwächt.
- Ihm selbst wäre ein wichtiges Machtinstrument genommen: Der Westen ließe sich nicht länger als der Feind darstellen, gegen den es zusammenzuhalten gelte, gegen den sich also innenpolitisch Konsens mobilisieren und Herrschaft stabilisieren ließe.
- Und es würde Raum für Demokratisierungsprozesse geschaffen, die – das zeigt die Lehre von 1989 ff. – auch friedenspolitisch von großer Bedeutung sind.